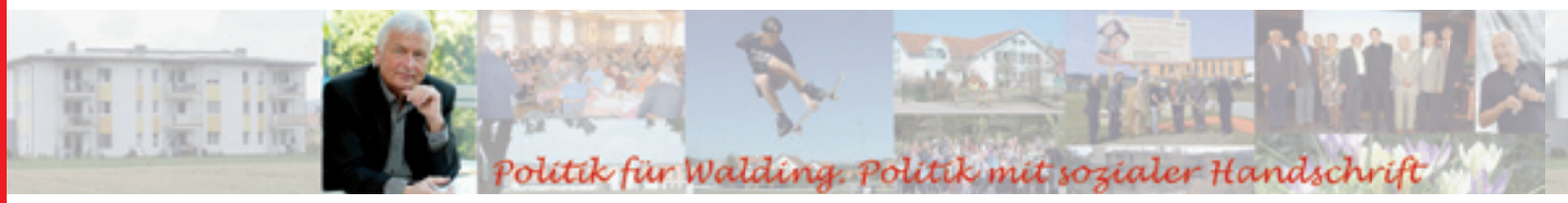
Waldinger Rundschau

SPÖ Walding

zugestellt durch das Team der SPÖ Walding

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: SPÖ-Gemeindeparteileitung Walding, Fliederweg 4, Verlags- und Herstellungsort: 4111 Walding - Erscheinungsort: Walding, Folge 246, September 2013 • 24442L76U • www.walding.spoe.at

AM SONNTAG WÄHLEN GEHEN! - DIE SPÖ PRÄSENTIERT SICH ALS VERLÄSSLICHER PARTNER UND HOFFT AUF IHRE UNTERSTÜTZUNG!



GV Erich Haas
Fraktionsobmann
Obmann Bauausschuss

„Wir haben die Folgen der Wirtschaftskrise weit besser bewältigt als andere Staaten."

DIE SPÖ ÜBERNIMMT VERANTWORTUNG FÜR ÖSTERREICH

Die österreichische Wirtschaft steht im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr gut da und es gibt keinen Grund, diese schlechter darzustellen als sie ist. Bemerkungen von ÖVP-Seite wie „Österreich ist abgesandelt" bzw. „der heimische Standort ist ramponiert" sind hier total verfehlt und bewirken genau das Gegenteil: Sie schaden dem Standort!

Wenn der österreichische Wirtschaftsstandort schon von den führenden Vertretern selbst (WKÖ-Präsident, Finanzministerin) schlechtgeredet wird, wie sollen dann Firmen und Investoren dazu motiviert werden, sich hier niederzulassen bzw. größere Investitionen zu tätigen? Heimische Produkte, Dienstleistungen und Arbeitskräfte sind nach wie vor weltweit gefragt. Auch wenn der Preisdruck am Markt sehr hoch ist, so spielt doch die Qualität der Produkte und das Wissen der Mitarbeiter eine entscheidende Rolle. Hier konnte Österreich bisher überzeugen und wird dies auch künftig tun.

Die Fakten: Seit über 30 Jahren gab es laut ÖVP-Wirtschaftsressort nicht mehr so viele Betriebsansiedlungen wie zwischen 2010 und 2012. Alleine 2012 haben sich 201 ausländische Betriebe in Österreich neu niedergelassen. In den vergangenen zwei Jahren wurden 14 neue regionale Headquarters internationaler Unternehmen errichtet. Von 2009 bis 2013 wurden zusätzlich 113.533 Arbeitsplätze geschaffen - allein von Juni 2012 bis Juni 2013 waren es 19.647 Arbeitsplätze.
Worin bestehen die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre? Wie werden sie am besten bewältigt? Was wird die SPÖ in den kommenden fünf Jahren in Österreich verändern bzw. verbessern?

1. Unser Land steht im internationalen und europäischen Vergleich gut da. Wir haben die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise weit besser bewältigt als andere Staaten – unsere Arbeitslosigkeit ist geringer, unser Wirtschaftswachstum höher, der soziale Friede wurde gewahrt.

Das ist kein Zufall! Das ist dem Fleiß, der Tüchtigkeit und der Innovationskraft der Österreicherinnen und Österreicher zu verdanken und einer verantwortungsvollen, sozialdemokratischen Politik, die Österreich mit sicherer Hand durch stürmische Zeiten geführt hat.

2. Österreich soll in den nächsten fünf Jahren weiterhin jenen Weg beschreiten, der soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg vereint und seinen Spitzenplatz in der EU behaupten. Wir wollen Österreich im Innovationsbereich an die Spitze führen und durch eine aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik neue Arbeitsplätze schaffen.

3. Zentrale Ziele sozialdemokratischer Politik sind Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die SPÖ bekennt sich zu einem verantwortungsvollen Staat, der aktive Wirtschaftspolitik umsetzt und beste Infrastruktur bereitstellt. Mit diesem Erfolgsmodell einer „sozialen Marktwirtschaft" ist Österreich in den vergangenen Jahren zum zweitreichsten Land der EU aufgestiegen.

4. Österreich als Produktionsstandort stärken! Wir wollen mit einer Wirtschaftspolitik, die auf Investitionen in Innovation sowie Aus- und Weiterbildung der Menschen setzt, Österreich an die Spitze Europas bringen. Dazu muss Österreich seinen hochwertigen Wirtschaftsstandort mit optimal ausgebildeten ArbeitnehmerInnen und einer erstklassigen Infrastruktur weiter ausbauen und den Strukturwandel hin zu einer innovations- und zukunftsorientierten Wirtschaft aktiv gestalten.
Dazu braucht es diese Maßnahmen:

M-E-TEC e.U.
Mittermayr-Elektro-Technik
Power for Life
- Elektrische Anlagen
- Gebäudetechnik
- EIB-Bustechnik
- Beleuchtungsanlagen
- EDV-Netzwerke
- Brandmeldeanlagen
- Not.-Sicherheitsbeleuchtungen
- PV-Anlagen
- Videoanlagen
- TV-Anlagen
- Alarmanlagen
- Zutrittskontrollen
- u.v.m.

www.m-e-tec.at
E-Mail: office@m-e-tec.at
Mobil: +43 664 250 5525
Tel.: +43 7234 82 729 Fax: DW 11

5. Konjunkturpaket für Wachstum, Arbeitsplätze und leistbare Wohnungen.

6. Eine starke Industrie und leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe als Stabilitätsanker.

7. Verkehrs- und Technologieinfrastruktur weiter ausbauen.

8. Österreich im Innovationsbereich an die Spitze führen.

9. Österreichische Spitzentechnologien in die Welt tragen.

10. Mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in Forschung und Innovation schaffen.

11. Aktive Industriepolitik – Neuorientierung der ÖIAG!

12. Zusätzliche Finanzierungsformen für Unternehmen schaffen.

13. Ein-Personen-Unternehmen absichern (über die SVA und über neue Finanzierungsinstrumente).

14. In die Ausbildung der Mitarbeiter investieren.

Mehr Arbeitsplätze!

Es wird heute viel darüber gesprochen wer (Politik oder Unternehmer) für die Schaffung von Arbeitsplätzen verantwortlich ist.
Die Arbeitsplätze selbst kommen von den Unternehmen. Die Schaffung der Voraussetzungen dazu (Unterstützung bei der Suche eines geeigneten Standortes, rasche Abwicklung von behördlichen Genehmigungen, unkomplizierte Abwicklung von Firmengründungen, Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur, usw.) obliegt der Politik.

Als gutes Beispiel dafür kann Walding herangezogen werden. Anfragen von den am Standort Walding interessierten Unternehmen bzw. Firmengründern werden von den SPÖ-Politikern tatkräftig unterstützt und es wird alles unternommen, um die Abwicklung so reibungslos und unkompliziert wie möglich zu gestalten. Dies wird von den Unternehmern auch immer wieder positiv hervorgehoben. Leider kommt es auch in Walding vor, dass diverse Vorhaben von anderen Parteien unbegründet negativ dargestellt werden (z.B. Baumarkt Walding, ca. 40 neue Arbeitsplätze).

Wir, die SPÖ-Fraktion, werden uns aber auch in der Zukunft nicht von vornherein gegen mögliche Interessenten aussprechen, sondern diese tatkräftig bei ihrem Vorhaben unterstützen. Die Ansiedlung von Betrieben ist für unsere Gemeinde enorm wichtig!
Nur dadurch werden Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und die Absiedelung (Landflucht) vor allem junger Menschen vermieden. Einzig wirtschaftlich gesunde Gemeinden sind darüber hinaus in der Lage, die nötige Infrastruktur auch in Zukunft zu finanzieren!

KÖNIG
heizung gas wasser installation
www.koenig-ot.at

Reservieren sie rechtzeitig:
Erstkommunion
Ostern
Muttertag
Gasthaus
Wirt z´Walding
BERGMAYR
selbstverständlich gestalten wir Ihre persönlichen Feiern gerne mit!
Tel. 07234/823 08

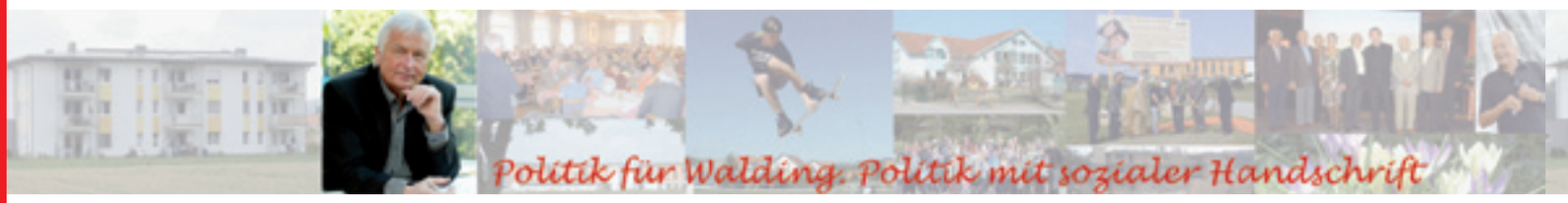
HUMER WERBETECHNIK
www.humer-werbetechnik.at

Raiffeisenbank
Walding-Ottensheim
Die Bank für Ihre Zukunft

Prechtl GmbH
Dachdeckerei u. Spenglerei
Stefan Prechtl
Steildach | Flachdach | Fassaden | Sanierungen
alles gut beDACHt
4111 Walding
Jörgmayrstraße 12
Telefon und Fax: 0 72 34 / 86 0 67
Mobil-Telefon: 0660 / 217 23 13
e-mail: office@meisterbetrieb.co.at
www.Prechtl-Dach.at

KOSMETIK UND FUSSPFLEGE
RECHBERGER
IHR ORT ZUM WOHLFÜHLEN UND GENIESSEN
Walding, Hohen-Stein-Str.10 • 0 7 2 3 4 / 8 7 8 7 7
Schloss Puchenau, Karl-Leitl Str.1 • 0 7 3 2 / 2 2 1 1 0 2
Kosmetik, Fußpflege, Manicure, Permanent Make-up, Dauerhafte Haarentfernung, Wellnesstag und vieles mehr ...

Mayr Rudolf
Tischler & Raumgestalter
• Vordächer • Terrassenverglasung• Wintergärten
www.wintergartenmayr.at
4111 Walding, Semleitnerweg 62
Tel. u. Fax 07234/88053 • Mob. 0664/4559970
E-Mail: rudolf@wintergartenmayr.at



VzBgm. Dr. Günter Mayr
Obmann Ausschuss Gesundheit
und Integration

„Alois Stöger hat als Gesundheitsminister ganze Arbeit geleistet. Dafür alleine lohnt es sich, am 29.9. SPÖ zu wählen!"

DIE GESUNDHEIT IST ZENTRALES THEMA IN DER SPÖ

Kinder und Jugendliche bis zum 18. Geburtstag sollen in Zukunft kostenlose Zahnspangen, Zahnersatz und Mundhygiene erhalten, so der Vorstoß von Gesundheitsminister Alois Stöger in Sachen Kindergesundheit.

Selbstbehalte sollen gestrichen und Familien damit finanziell entlastet werden.
Das Kinderzahngesundheitspaket wurde geschnürt, um Folgeschäden von Zahnfehlstellungen vorzubeugen und soziale Stigmatisierung hintanzustellen. Der Gesundheitsminister, der in unserem Bezirk zur Wahl antritt, erklärt: „Wir tun das für die Kinder und Jugendlichen und für das Geldbörsel ihrer Familien. Denn das Einkommen der Eltern soll nicht am Gebiss des Kindes abzulesen sein".

Finanziert werden soll das Kinderzahngesundheitspaket durch eine Zweckbindung der Tabaksteuer für gesundheitspolitische Maßnahmen. Dafür wären weniger als zehn Prozent dieser Steuereinnahmen nötig.

Dass Frau Mikl-Leitner erfreut darüber sei, dass man auf ÖVP-Linie umschwenkt, ist wohl ein schlechter Scherz, ist doch die ÖVP seit jeher für Selbstbehalte aller Art im Gesundheitswesen eingestanden.
Im Wahlprogramm der SPÖ wird auch für den Wegfall des Spitalskostenbeitrages bei Kindern geworben. Weiters soll die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs ins Gratisimpfprogramm aufgenommen werden.

Die SPÖ steht für eine moderne, solidarisch finanzierte Versorgung der österreichischen Bevölkerung. Wir werben um Ihre Stimme!

Aktuelle Themenwochen
Brioche Wochen (-20% auf gr. / kl. Brioche)

danach Dinkelwochen
www.filipp-brot.at

Alle Aktionen in den Filialen in Walding, Puchenau und Gramastetten täglich gültig solange der Vorrat reicht. Mit Ausnahme an Sonntagen

Elektro Kastner
Baggerungen & Hebebühnenverleih
4111 Walding, Obermursberg 12
Tel / Fax 07234 / 82749
Mobil 0664 / 114 69 69
e-mail: office@elektro-kastner.at
www.elektro-kastner.at

WIR GRATULIEREN

Eva Zauner
feierte ihren 60. Geburtstag

Ingeburg Kreutzer
feierte ihren 70. Geburtstag

Dr.in Christine Windsteiger
Vizerektorin Kunstuniversität Linz
Obfrau Kulturausschuss

„Bildung ist zentrale Ressource der Zukunft. Im Interesse aller sollten Reformen endlich gelingen!"

BILDUNGSREFORMEN BRAUCHT DAS LAND!

Wenn wir heute in der politischen Diskussion von Bildung hören, dann zumeist von gescheiterten Verhandlungen oder blockierten Reformen. Dabei ist Bildung der zentrale Schlüssel für eine gute Zukunft und eine wertvolle Ressource einer funktionierenden Wirtschaft.

In den Anfängen der Sozialdemokratie spielten ArbeiterInnenbildungsvereine eine zentrale Rolle im Kampf um eine gerechtere Gesellschaft. Auch heute noch ist Bildung ungerecht verteilt. Die Aussage im österreichischen Wissenschaftskabarett „Science Busters" (Prof. Heinz Oberhumer, Lektor Werner Gruber und Kabarettist Martin Puntigam) „wer nichts weiß muss alles glauben" stimmt natürlich und sollte alle aufrütteln und motivieren durch Bildung die eigene Zukunft zu gestalten.

Bildung ist auch ein entscheidender Faktor für den wirtschaftlichen Wohlstand und die internationale Konkurrenzfähigkeit unseres Landes, aber auch für die Erhaltung der Demokratie und den sozialen Zusammenhalt.

Wichtig ist es, dass Bildung für alle möglich sein muss, unabhängig vom Einkommen, der Herkunft und der Bildung der Eltern. Ein leistungsstarkes und frei zugängliches Bildungssystem soll umfassend gebildete und ausgebildete Menschen hervorbringen, **- dafür setzt sich die SPÖ ein!** Die bereits beschlossene Reform der PädagogInnenausbildung soll diese Ziele unterstützen und daher zügig umgesetzt werden. Die SPÖ setzt sich weiters für die endgültige Abschaffung der Studiengebühren sowie den freien Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten des Landes ein.

Die SPÖ sorgt sich vor allem um unsere Jugend. Die „Ausbildungsgarantie" sichert allen Jugendlichen eine Lehrstelle, die letztlich Voraussetzung für den erfolgreichen Einstieg in die Arbeitswelt ist. Aber auch die Erwachsenenbildung liegt der SPÖ am Herzen. Durch die „Initiative Erwachsenenbildung" kann eine Basisausbildung aber auch eine nötige Weiterbildung zum Wiedereinstieg ins Berufsleben gebührenfrei in Anspruch genommen werden. Dies ist vor allem in Zeiten, in der die Arbeitswelt dramatischen Veränderungen unterworfen ist, wichtig. Durch Umschulungen und den Erwerb von Zusatzqualifikationen in jeder Lebensphase muss die Möglichkeit gegeben werden, sich den neuen Anforderungen stellen zu können.

Die SPÖ setzt sich daher auch intensiv für den Ausbau von Betreuungseinrichtungen ein, um den beruflichen Wiedereinstieg zu ermöglichen.

GR Ing.Franz Luger
Mitglied Prüfungsausschuss
Mitglied Umweltausschuss

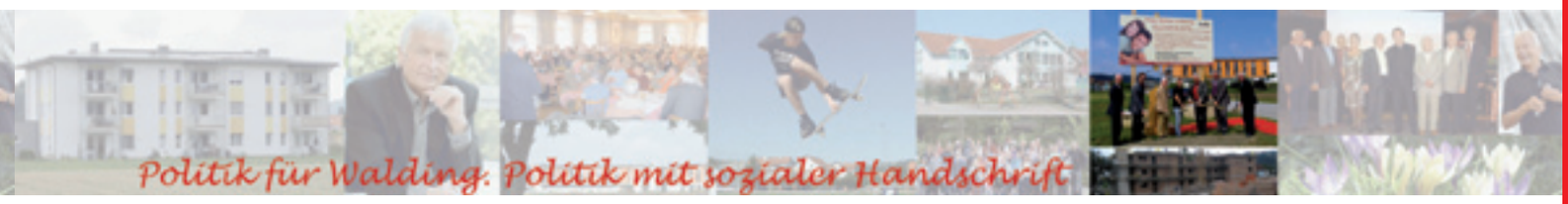
„Alois Stöger hat als Gesundheitsminister ganze Arbeit geleistet. Dafür alleine lohnt es sich, am 29.9. SPÖ zu wählen!"

STEUERPOLITIK MUSS TREFFSICHER SEIN!

Bei den Nationalratswahlen werden die Österreicher entscheiden, in welche Richtung sich unser Land entwickeln wird. Die SPÖ hat sich der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre gestellt und Österreich so besser durch die Krise geführt, als das viele andere Regierungen getan haben.

Trotz dieser schlechten Rahmenbedingungen hat die SPÖ eine Trendwende in der Steuerpolitik eingeleitet. Durch eine Senkung der Einkommens- und Lohnsteuer wurde mehr Steuergerechtigkeit erreicht. Einkommen zwischen 1000,- – 4000,- € wurden im Schnitt um 400 – 700,- € entlastet. 88 % dieser Reformen kommen Menschen mit geringerem Einkommen zugute. Dieser Weg der Entlastung des Faktors Arbeit soll konsequent fortgesetzt werden, um zusätzliches Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Um die Steuern auf Arbeitseinkommen weiter reduzieren zu können, soll eine „Millionärssteuer" für die Reichsten in Österreich eingeführt werden. Denn auch diese sollen ein echten Beitrag zum Wohlfahrtsstaat leisten. Bei einem Freibetrag von 1 Million Euro ist ungefähr 1 % (in Worten ein Prozent) der Menschen betroffen. Dafür soll im Gegenzug im Rahmen einer Steuerreform für alle SteuerzahlerInnen der Einstiegssteuersatz gesenkt werden. Dieser würde ab 11.000 Euro nur mehr 25% (statt bisher 36,5%) betragen. Die nächsten Stufen greifen ab 16.000 Euro (35%), 25.000 Euro (40%) und 35.000 Euro (45%). Den höchsten Steuersatz gibt es weiter ab 60.000 Euro mit 50 Prozent. Diese Maßnahme würde rund 4 Millionen Österreicher teils erheblich entlasten und die kalte Progression lindern. Weiters ist vorgesehen, eine Negativsteuer beim Pensionistenabsetzbetrag einzuführen.

Es ist daher auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass alle – wie es ihrer wirtschaftlichen Situation entspricht – über Steuerleistungen zum gemeinsamen Haushalt des Staates beitragen. Besserverdienende mehr als Menschen mit geringerem Einkommen. Österreich soll in den nächsten 5 Jahren weiterhin den Weg sozialer Gerechtigkeit beschreiten.



GR Mag. Helmut Mitter
Parteiobmann
Obmann Ausschuss für Familien und Senioren
mitter@wirtschaftsverbandooe.at

STRONACH UND DIE FUNKTIONÄRE

Die einen sind froh, dass er die politische Bühne betreten hat, weil er eine Alternative bietet, andere finden seine Auftritte unterhaltsam oder peinlich. Was aber bedeutet das Team Stronach wirklich für die österreichische Innenpolitik?

Kaum eine Parteigründung hat in den letzten Jahren für derart viel kontroversen Gesprächsstoff gesorgt, wie jene des Teams Stronach.
Was anfangs belächelt wurde, hat sich nach Wahlerfolgen bei den Landtagswahlen in NÖ, Tirol und Kärnten für viele als scheinbar echte politische Alternative entpuppt.

Was aber bedeutet der Einstieg eines austo-kanadischen Milliardärs für die österreichische Innenpolitik. Oder ist es überhaupt ein Einstieg? Nun, vielleicht ist es wichtig sich in Erinnerung zu rufen, dass etwa der damalige Finanzminister Karl Heinz Grasser, welcher von Jörg Haider in die Politik geholt wurde, unmittelbar vor seiner Zeit als Finanzminister im Magna Konzern Vizepräsident für Human Resources and Public Relations sowie ab 1999 Geschäftsführer der zur Magna Group gehörenden Sport Management International (SMI) war. Oder Peter Westenthaler und Mathias Reichhold (ehemaliger FP-Bundesvorsitzender). Beide wurden unmittelbar nach dem Knittelfelder Putsch bei Magna „versorgt“. Eine dubiose Rolle spielte auch Günter Stummvoll von der ÖVP, der als Vorsitzender des parlamentarischen Finanzausschusses auch für das Glücksspielgesetz zuständig war. Dieser wurde im Jahr 2011 von Stronach zum Aufsichtsratschef der Merkur Entertainment AG bestellt, welche sich dem Betrieb und Vertrieb von Spielautomaten widmet.

Dubios auch bis heute der viel zu günstige Verkauf von Schloss Reifnitz an Frank Stronach im Jahr 2005.
Der Magna-Konzern ist bekannt für seine guten Kontakte zur Politik und lebt seit jeher gut von großen öffentlichen Aufträgen. Dennoch präsentiert sich Stronach stets als militanter Wirtschaftsliberaler, der den Einfluss des Staates zurückdrängen will. In Interviews bezeichnete er Österreich als „Hochlohnland“, Gewerkschaften sind ihm ein Dorn im Auge.
Zweifellos: Frank Stronach kauft sich was er braucht. Er ist spätestens seit seiner Rückkehr nach Österreich Teil eines Systems, welches er im Wahlkampf bislang stets kritisierte. Gekonnt schaffte er es seitdem, Politiker aller Coleurs in seinem Unternehmen zu beschäftigen. Damit relativiert sich gleichzeitig die von ihm gescholtene Parteibuchwirtschaft.
Zu Felde zieht Stronach auch gegen die öffentliche Parteienfinanzierung. Gerade durch den Eintritt Stronachs in die Politik wird uns aber deutlich vor Augen geführt, wie wichtig diese in der Realität ist. Denn wie könnten die etablierten Parteien sonst mit einem Milliardär mithalten, wo doch heute bezahlte Schaltungen in diversen Massenmedien den Wahlkampf dominieren. Ach ja, da gäbe es noch eine Option: Die Funktionäre, die in persönlichen Gesprächen überzeugen. Aber die will Stronach ja auch loswerden...

KOMMENTAR

WAHLKAMPF-SHOW

Wie sehr darf Marketing Einfluss auf die Wahlentscheidung eines Menschen nehmen? Zugegeben eine recht philosophische Frage, doch schauen wir uns die Kampagne einer großen Parlamentspartei doch einmal genauer an.
Da wirbt die ÖVP etwa mit dem Slogan „Österreich gehört den Weltoffenen“. Schön, aber ist die ÖVP nicht eine konservative Partei und damit Hüter von Tradition und christlichen Werten? Hat das Bürgertum nicht mit allen verfügbaren Mitteln versucht, im 19. Jahrhundert breiten Bevölkerungsschichten und später den Frauen das Wahlrecht und damit das zentralste politische Mitspracherecht vorzuenthalten? Oder ist es nicht die katholische Kirche, die sich auch heute noch beharrlich gegen Abtreibungen oder gar Verhütungsmittel stellt? Oder - um ein greifbareres Beispiel zu finden - ist es nicht die ÖVP, die etwa im Bildungsbereich von Gehrer an bis heute jede Bildungsreform beharrlich blockiert? Wo doch Bildung in einer Wissens- und Informationsgesellschaft der zentralste Schlüssel für Fortschritt und Innovation ist? Diese Partei beschreibt sich als weltoffen, als treibende Kraft der Zukunft? Nun, wie sagt man so schön: Das Papier auf dem letztlich auch jedes Wahlplakat gedruckt wird, ist geduldig. Der Wähler ist es auch und lässt die Botschaften über sich ergehen. Aber nachdenken ist nicht verboten, denn die noch so kreativste Agentur kann nicht kaschieren, was in den letzten Jahren auf der politischen Bühne passiert ist. Lassen wir uns also davon leiten!

HEISSER SPÖ-HERBST

Kaum ist der Sommer vorbei, startet die SPÖ wie gewohnt mit einigen Veranstaltungen in den politischen Herbst. Dieses Jahr wurde das schon vor einiger Zeit sehr erfolgreich durchgeführte Spielefest reaktiviert. Das Weinfest 2013 war wiederum erneut ein großer Erfolg!

Das erste Septemberwochenende war auch gleichzeitig das Finale der diesjährigen Sommerferien. Ein guter Zeitpunkt also, um unsere Waldinger Familien zu einem Spielefest mit zahlreichen Attraktionen einzuladen. So gab es etwa eine 12 Meter große Riesenrutsche zu erkunden. Die etwas Kleineren durften sich an einem Elektrozug verwirklichen. Ältere Kinder hatten die Gelegenheit, entweder einen aufblasbaren Kett Car Parcours zu nutzen oder mit dem von der Jungen Generation Mitterkirchen selbst erbauten Riesenwuzzler zu spielen. All das wurde von den in Summe rund 250 Anwesenden (darunter mindestens 100 Kinder) ausgiebig genutzt. Am Rahmenprogramm beteiligten sich ebenso die DSG Union Walding mit einem Showtraining (einige Spieler der Kampfmannschaft waren anwesend) und die Bogenschützen, bei denen man sein Talent ebenso unter Beweis stellen konnte.
Den Höhepunkt des gelungenen Nachmittages bildete ein Luftballonstart am Sportplatz.

Das Weinfest exakt eine Woche später war ebenso sehr gut besucht. Zahlreiche - auch neue - Weinbauern konnten für diesen Abend gewonnen werden. Unter die vielen Gäste mischte sich auch unser Gesundheitsminister und Bezirksparteivorsitzender Alois Stöger. Dieser ließ sich dabei gerne in das eine oder andere intensivere Gespräch verwickeln.

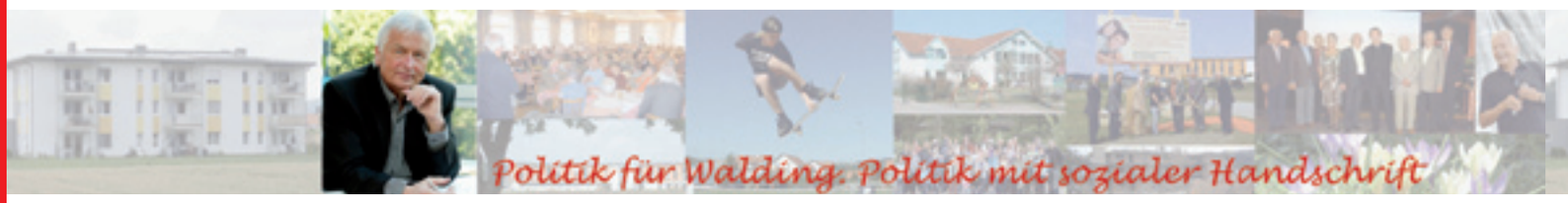
Der Termin für das Weinfest im Jahr 2014 ist übrigens der

13. September!

Termin also gleich rot (was sonst) im Kalender anstreichen!

MUKI'S

LINZ AG



Heinz Dunzendorfer
Obmann des Pensionistenverbandes
Walding-Rottenegg

ALTERN IN WÜRDE - FÜR DIE SPÖ SELBSTVERSTÄNDLICH

Wir werden mit Faymanns Hilfe keine weiteren Opfer bei Pensionsanpassungen zulassen und eine vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsalters verhindern. Aber dafür brauchen er und die SPÖ Ihre/Eure Stimme!

Prüfen wir das, was in der letzten Zeit von wem für die Sicherung unserer Pensionen getan und gesagt wurde, was in den Programmen der Parteien und Kandidaten steht und was daher die Zukunft bringen wird:
Von ÖVP-Obmann Spindelegger wissen wir, dass er während der Verhandlungen über das Sanierungsprogramm „mindestens eine Nullrunde“ bei den Pensionen gefordert hat. Und jetzt will er vorzeitig das Frauenpensionsalter anheben, obwohl gerade Frauen ab 50 nur sehr schwer einen Arbeitsplatz finden. Die ÖVP-nahe Industriellenvereinigung meint, dass nach den Wahlen Einschnitte im Pensionssystem unumgänglich sind und Frau Ministerin Fekter meint, dass 2016 neue Reformen – sie meint Kürzungen – durchzusetzen seien.

Der Herr Strache vergisst, dass er bereits FPÖ-Obmann Stellvertreter war, als seine Partei in der Schwarz-Blauen-Regierung saß und unter den blauen Sozialministern die Pensionen empfindlich gekürzt wurden. Noch heute leiden wir darunter!

Und der Teilzeit-Österreicher Frank Stronach hat bei einem seiner kurzen Österreich-Aufenthalte im Frühjahr überhaupt erklärt, dass jeder Pensionist nur das bekommen sollte, was er einbezahlt hat und der Staatszuschuss gestrichen gehört. Was das bedeutet? 20 bis 25 Prozent weniger Pension.

Aber es gibt welche, die auf unserer Seite stehen: Die SPÖ und Bundeskanzler Faymann! Er hat Österreich während der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Krieg am besten durch die schwierigen Zeiten gebracht: Österreich hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Europa, unsere Wirtschaft wächst und in Österreich gab es keine Nullrunden für Pensionisten. Darum geht’s weiterhin darum, dass Beschäftigungsprogramme durchgesetzt werden, die Wirtschaft weiter wachsen kann, dadurch die Pensionen nachhaltig gesichert werden und in Bildung und Forschung investiert wird. Alle Parteien wollen den Einstiegssteuersatz senken, das ist sicher richtig, das hilft uns Pensionisten mit niedrigen bis mittleren Einkommen. Aber all das muss auch gegenfinanziert werden. Die SPÖ sagt wie: Höhere Beiträge der Spekulanten und Millionäre, die in Österreich kaum Steuern zahlen, und Beiträge der Banken, die mit Milliarden der Steuerzahler gerettet werden mussten.

Gehen wir zur Wahl am 29. September 2013 und unterstützen wir die, die für uns sind: die SPÖ mit Bundeskanzler Werner Faymann!

Forderungsprogramm des Pensionistenverbandes:
Für 2014 fordern wir die volle Teuerungsabgeltung für die Mindest-PensionistInnen (Ausgleichszulagen-BezieherInnen) und eine Nachbesserung bei den niedrigen Pensionen als Teil unseres Kampfes gegen die Altersarmut. Und ab 2015 wieder volle Abgeltung der Teuerung!
Die ungerechte Wartefrist für Neu-Pensionisten bei der ersten Pensionsanpassung (die bis zu 23 Monate dauern kann) ist sofort durch eine Aliquotierung zu ersetzen.

Keine Anhebung des Regelpensionsalters! Eine Anhebung über 60/65 Jahre würde bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage eine höhere Arbeitslosigkeit und empfindliche Pensionskürzungen durch geltende Abschlagsbestimmungen bedeuten. Eine vorzeitige Angleichung des Frauenpensionsalters an jenes der Männer kommt nicht infrage.

Konsequente Heranführung des faktischen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche. Wenn es gelingt, das Pensionsantrittsalter um ein Jahr zu erhöhen, bringt das eine Einsparung von 1,3 Milliarden Euro.

„Bonus-Malus System ja – aber dann bitte auch für die Unternehnen, die ältere Mitarbeiter in die Pension drängen!"

Eine alters- und alternsgerechte Arbeitswelt, die Älteren ihren Erfahrungen, ihrer Leistungsfähigkeit und ihren gesundheitlichen Belastungen entsprechende Jobs anbietet.

Bonus-Malus-System auch für Unternehmen: Arbeitnehmer, die länger arbeiten, sollen einen jährlichen 12-prozentigen Bemessungsbonus (derzeit 4,2 Prozent) zur Pension bekommen. Wer früher geht, muss Abschläge (4,2 Prozent pro Jahr) in Kauf nehmen. Dieses System gilt derzeit nur einseitig für Arbeitnehmer – es muss auch für Unternehmen gelten: Wer ältere Dienstnehmer hinausmobbt, in Arbeitslosigkeit und Frühpension drängt, mit einem „Golden Handshake" verabschiedet (wie viele staatsnahe Unternehmen), muss die Kosten der Pension bis zum Regelpensionsalter tragen. Wer keine oder zu wenige ältere Arbeitnehmer beschäftigt, zahlt einen Beitrag für die Bonifikationen jener Unternehmen, die Ältere länger beschäftigen oder aus der Langzeitarbeitslosigkeit herausholen.

Die derzeitige Auflösungsabgabe in Höhe von aktuell 113 Euro ist lächerlich und wirkungslos.

RÜCKENSCHMERZEN?
Wir haben die dauerhafte Lösung.

durch segmetale Stabilisation =
gezieltes Training der „kleinen" Rückenmuskulatur an speziellen Geräten.

JETZT kostenlos testen!

INSTITUT FÜR GESUNDHEIT
SCHLANKHEIT WOHLBEFINDEN
PHYSIO SUN
07234/ 82100
www.physiosun.at

GLATZ TECHNIK TB
Planungs - und Überprüfungs GmbH
4111 Walding Fichtenweg 5 07234/82319
Überprüfung von Kränen, Tore u. Hebezeugen
Überprüfung von Spielplätzen u. Turnhallen
Arbeitssicherheitsmanagement
Planung und Engineering

Di-Sa ab 9h, So/Feiert. 14h-20h
Tel: 0681 20 260 496

orthovida
ORTHOPÄDIE-SCHUHTECHNIK

- Orthopädische Maßschuhe
- Einlagen
- Gesundheits- & Komfortschuhe aller Art
- Individuelle Sonderanfertigungen
- Diabetikerversorgung
- und vieles mehr ...

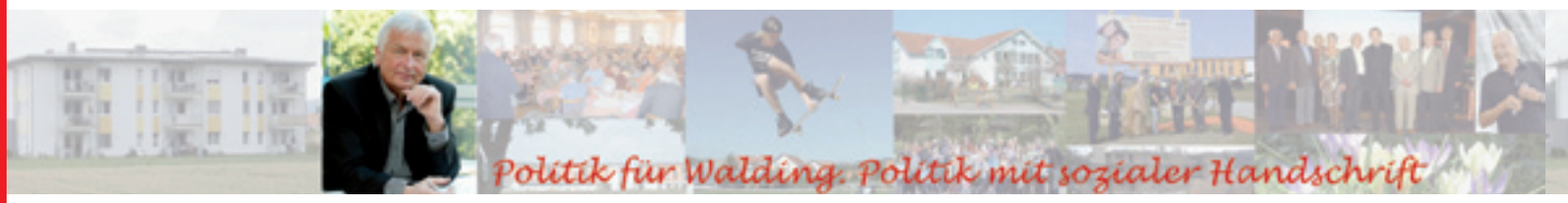
Ziegelbauerstraße 1 • 4111 Walding T +43 (0) 664 / 42 26 402 M office@orthovida.at W www.orthovida.at

SOMMER

SOMMER hat ein klares Bekenntnis zu Produkten **„made in Germany"**:

Bei uns gibt es nicht die günstigsten Produkte, aber das **beste Preis-Leistungsverhältnis**.
Wir bieten Torantriebe, Garagen- und Hofeinfahrtstore, Funkfernsteuerungen für die Homeautomation, GROKE Aluhaustüren, Einfahrtsschranken und Parkplatzsperren, Aluminiumzäune und Beton-Fertiggaragen.

Besuchen Sie uns im Fachzentrum für Tore und Antriebe im **Gewerbepark 1, 4111 Walding.**



GR Mag. Helmut Mitter
Parteiobmann
Obmann Ausschuss für Familien und Senioren
mitter@wirtschaftsverbandooe.at

TAG DER ÄLTEREN GENERATION 2013

Erstmals hatte ich als neuer Obmann des Ausschusses für Familien und Senioren die Ehre, den Tag der älteren Generation zu moderieren. Die diesjährige Veranstaltung kannte gleich mehrere Höhepunkte, die es wert sind, besonders erwähnt zu werden.

So machte die Jugendkapelle Walding (JUKAWA) den musikalischen Auftakt in den Nachmittag. Um 14:00 Uhr fanden sich nicht weniger als 230 BewohnerInnen der Marktgemeinde über 65 Jahren ein. Im Anschluss daran hatte unser Bürgermeister anhand einer umfassenden Präsentation mit vielen Fotos und Videos noch einmal sehr plastisch die Ereignisse rund um das verheerende Hochwasser im Juni Revue passieren lassen.

Abschließend wurden 10 Personen geehrt, die seit nunmehr exakt 10 Jahren täglich für die Sicherheit unserer Schulkinder sorgen - die Schülerlotsen. Sie trotzen Wind und Wetter und leisteten bisher rund 2000 ehrenamtliche Arbeitsstunden. Im Rahmen des Tages der älteren Generation war es daher höchst an der Zeit einmal ganz offiziell Danke zu sagen.

GR Gerald Teubler
Mitglied Prüfungsausschuss
Mitglied Umweltausschuss

„Die ÖVP präsentiert sich nur in Schlagworten als Partei des Mittelstandes – bei genauerem Hinsehen werden die Mythen entlarvt!"

DIE GERECHTIGKEIT, VON DER WIR SPRECHEN

Es ist eine erwiesene Tatsache, dass in Österreich vom Bruttolohn für den Arbeitnehmer netto relativ wenig überbleibt.

Das Lohnsteuereinnahmen und die Sozialversicherungsbeiträge sind der Hauptfinanzier unseres Staatshaushaltes und Gesundheitssystems.

Eine Senkung der Abgaben aus Arbeitseinkommen wird natürlich auch von allen Parteien befürwortet. Über die Medien verrät uns unser Vizekanzler Michael Spindelegger als Herzstück der ÖVP-Pläne ein Kostensenkungsprogramm für die Österreicher.
- Senkung des Unfallversicherungsbeitrages um 0,4%
- Senkung des Krankenversicherungsbeitrages (ohne Angabe des %Satzes) und die Senkung des Beitrages für den Insolvenzentgeltsicherungsfond um 0,1%.

Zur Klarstellung:
Senkung des Unfallversicherungsbeitrages um 0,4% bedeutet mehr als 500 Millionen Euro Ersparnis für die Wirtschaft und für die Arbeitnehmer Null Ersparnis, dafür eine erhebliche Leistungsminderung in den Unfallkrankenhäusern. Das ist eine logische Schlussfolgerung, wenn die Einnahmen um fast ein Drittel reduziert werden.
Senkung des Krankenversicherungsbeitrages (Annnahme ebenfalls um 0,4%) bedeutet für die Wirtschaft eine Einsparung von mehr als 600 Millionen. Bei Aufteilung dieser Beitragssenkung je zu Hälfte für den Arbeitgeber und Arbeitnehmer, würde das für den Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von € 2.000,00 eine monatliche Ersparnis von € 4,00 und für die Wirtschaft nur mehr eine Einsparung von gut 300 Millionen bedeuten. Natürlich müsste das Leistungsangebot der Krankenkassen wesentlich reduziert werden.
Bei Senkung des Beitrages für den Insolvenzentgeltsicherungsfond (aus diesem Fond werden ausstehende Löhne bei einem Konkurs ausbezahlt) um 0,1% ergibt erneut eine Einsparung von ca. 150 Millionen. Nicht für die Arbeitnehmer, sondern ausschließlich für die Arbeitgeber, dafür ist die Auszahlung der Entgeltansprüche nicht mehr zur Gänze möglich.
Alleine durch diese 3 Maßnahmen für die Österreicher ergibt sich eine Einsparung von ca. 1 Milliarde Euro für die Wirtschaft und immerhin auch eine Ersparnis für den Arbeitnehmer von monatlich 4 Euro. Natürlich muss nur der Arbeitnehmer für diese 4 Euro wesentliche Leistungseinschränkungen hinnehmen.
Das als Kostensenkungsprogramm für die Österreicher verkaufen zu wollen ist meines Erachtens ein starkes Stück.

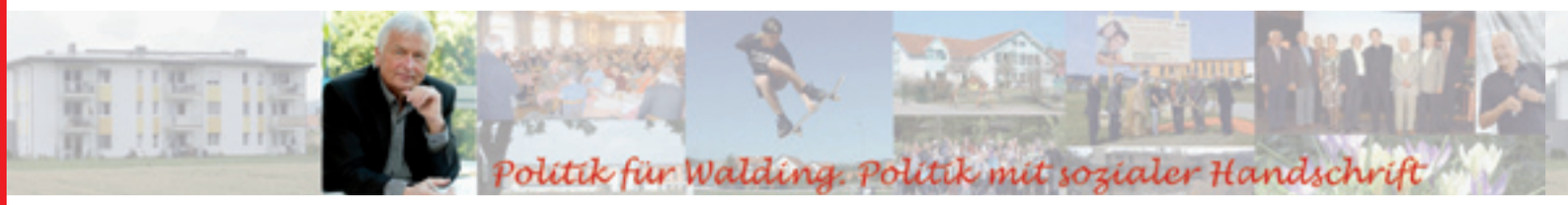
Wie denken Sie darüber?

Der einzige Vorschlag der ÖVP-Spitze, welcher sich tatsächlich auf den Nettolohn auswirkt, ist die glorreiche Idee, künftig die tägliche Arbeitszeit gesetzlich auf 12 Stunden und somit auf wöchentlich 60 Stunden zu erhöhen. Das bringt dem Arbeitnehmer wirklich etwas, mitunter mehr als € 1.000,00 weniger von seinem Nettolohn. Diese Änderung soll die teuren Überstunden und Zuschläge einsparen, dafür kann ja dann Zeitausgleich konsumiert werden. Natürlich soll der Arbeitgeber den Zeitpunkt wählen können. Das versteht die ÖVP unter Arbeitszeitflexibilität.
Dass diese Änderung wiederum hunderte Millionen für die „Wirtschaft" bringt, ist natürlich nicht der Grundgedanke, sondern lediglich ein positiver Nebeneffekt.

Zusammenfassend kann ich erkennen, dass die ÖVP sich wirklich um die „Mittelschicht" kümmert. Sie kümmert sich darum, dass die Arbeitnehmer weniger brutto, weniger netto und weniger Leistungen erhalten.

Lediglich Ihre Stimme für die SPÖ am 29.9.2013 kann diese „Maßnahmen für die Österreicher" verhindern.

druckerei walding
T: +43 72 34 83 9 25
M: +43 676 78 23 424
druckerei-walding@aon.at
www.druckerei-walding.at



GR Melanie Riegler
Ausschuss Kindergarten, Schule und Sport
mela.riegler@tele2.at

„Frei- und Absetzbeträge helfen wieder nur den besser verdienenden Familien. Es braucht mehr Sachtransfers und eine Erhöhung der Familienbeihilfe!"

FAMILIEN ENTLASTEN - ABER ECHT

Während die ÖVP-Familienpolitik mehrheitlich darin besteht, diese über Frei- oder Absetzbeträge steuerlich zu entlasten, macht sich die SPÖ vor allem Gedanken um jene Familien, deren Einkommen wirklich nicht zum Auskommen reicht. Denn mit steuerlichen Abschreibposten können diese nur wenig anfangen...

Die steuerrechtlichen Regelungen zur Familienförderung sind zu kompliziert und nützen vor allem Menschen mit höheren Einkommen. Statt Freibeträgen und steuerlicher Absetzposten kommen eine generelle Erhöhung der Familienbeihilfe und mehr Kinderbetreuungsplätze allen Familien zugute.

Bei der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds können durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage arbeitsintensive Betriebe steuerlich entlastet werden. Gleichzeitig würde der Faktor Arbeit steuerlich entlastet.

Familienrecht weiter modernisieren

In den letzten Jahren wurde das Familienrecht modernisiert. Dennoch besteht weiter Handlungsbedarf. In diesem Sinn soll etwa die künstliche Befruchtung auch für alleinstehende Frauen möglich sein.

Im Eherecht soll nicht mehr festgelegt sein, dass es Zweck der Ehe sei, Kinder zu zeugen. Die rechtliche Position von langjährigen Partnerschaften soll zum Beispiel im Erbrecht deutlich verbessert werden.

Unterhaltsansprüche für Kinder durchsetzen

Viele AlleinerzieherInnen haben Schwierigkeiten, Unterhaltsansprüche für ihre Kinder durchzusetzen. So besteht Anspruch auf Unterhaltsvorschuss nur dann, wenn die Aussicht besteht, dass der vom Staat vorgestreckte Unterhalt auch zurückgezahlt werden kann. Das bedeutet, dass sich lange Wartezeiten ergeben können, bis die finanzielle Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen geklärt wurde. Im Unterhaltsrecht müssen bestehende Lücken geschlossen werden. Jedes Kind soll, unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unterhaltspflichtigen, Anspruch auf Unterhalt bis zum Ende einer Berufsausbildung haben.

Frauen und Männer: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. Dennoch verdienen Frauen deutlich weniger als Männer und haben weniger Aufstiegschancen. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist daher ein zentrales Anliegen der SPÖ. Für viele ist dies bereits selbstverständlich, doch die Realität zeigt, dass hier nach wie vor großer Aufholbedarf besteht. Die SPÖ hat hier ganz klar die besseren Antworten!

Piemont – *König, Trüffel & Barolo* 09. – 13.10.13 599,-
Grado 10. – 13.10.13 ab 299,-
Mailand 10. – 13.10.13 279,-
Florenz – *traumhaft!* 24. – 27.10.13 365,-
Ungarn mit Puszta-Abend – *Sonderpreis!* 25. – 26.10.13 175,-
Törggelen in Südtirol 25. – 27.10.13 299,-
Elsass 31.10. – 03.11.13 359,-
Venedig *mit 5*-Hotel* 08. – 10.11.13 416,-
SAISONABSCHLUSSREISE *an die Mosel* 21. – 24.10.13 359,-
MARTINIGANSL- REISEN
Wachau 08.11.13 60,-
Burgenland 09. – 10.11.13 189,-
Budapest 09. – 10.11.13 149,-
FORDERN SIE GLEICH UNSEREN NEUEN WINTER- & FRÜHLINGSKATALOG AN!

Die schönere Art Reisen zu genießen!
Reiseparadies KASTLER
TECHNIKREISE
Lamborghini & Ducati Werk mit Ferrari-Museum 13. – 16.10.13 409,-
ADVENTREISEN
Sternenadvent - Krimmler Wasserfälle im Eis 07. – 08.12.13 195,-
Bergadvent und Seenromantik – *Tirol* 14. – 15.12.13 159,-
MUSIKTHEATER LINZ ab 34,-
Sichern Sie sich die besten Plätze bei vielen Aufführungen in unseren Büros!
Reiseparadies Kastler GmbH
Ottensheim 07234/823 23 -0
Linz 0732/31 27 27
www.kastler.at
Alle Angaben ohne Gewähr. Preis- und Programmänderung vorbehalten! Druckfehler vorbehalten!

Ein gutes Bildungssystem in dem alle Kinder die gleichen Chancen haben - das und vieles mehr, finanzieren wir mit unserem Steuergeld. Wer sich davor drückt, dazu auch seinen Beitrag zu leisten, betrügt unsere ganze Gemeinschaft

STEUERBETRUG IST VERBRECHEN AN DER GEMEINSCHAFT

Wir brauchen Steuerpatrioten!

Immer mehr Details werden über die Machenschaften der internationalen Steuerbetrüger bekannt. „Dagegen muss nun in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Konsens vorgegangen werden, „fordert Josef Ackerl. Denn wer seine Gewinne in so genannten schwarzen Steuerlöchern verschwinden lässt, begeht gesellschaftlichen Steuerbetrug und damit ein Verbrechen an der Gemeinschaft.

ES IST EMPÖREND und erschütternd, wie sehr Millionärinnen und Millionäre ihren MitbürgerInnen einen gerechten Steueranteil vorenthalten wollen. Wir brauchen daher in unserem Land in Wirtschaft und Industrie eine neue Art von Steuerpatriotismus. Es muss eine Frage der Ehre und der Selbstverständlichkeit sein, in unserem Land seine Steuern zu zahlen und nicht über windige Konstruktionen Millionen aus dem Land zu schaffen. Wer sich vor dieser Verantwortung drückt, wie etwa auch Frank Stronach, kann kein glaubwürdiger Vertreter der Interessen der BürgerInnen dieses Landes sein.

FEKTER MUSS MASSNAHMEN SETZEN, DIE GELDVERSCHIEBEN VERHINDERN

Es ist dringend notwendig, dass VP-Finanzministerin Maria Fekter in dieser Frage mehr tut. Es ist viel zu wenig und maximal ein erster Schritt, mit Staaten wie der Schweiz und Liechtenstein Abkommen über die Besteuerung von Schwarzgeldkonten zu schließen. Es müssen auch Maßnahmen folgen, die das Verschieben von in Österreich unversteuertem Geld verhindern bzw. erschweren. Doch anstatt der systematischen Steuerhinterziehung endlich einen Riegel vorzuschieben, sieht sich die Finanzministerin als Schutzpatronin von Steuerdieben und gefährdet so den sozialen Frieden und die Stabilität in ganz Europa. Mehr noch: Sie stellt sich damit sogar an die Seite von jenen, die den Sozialstaat demontieren wollen. Die Folgen: Tausende Menschen ohne Arbeit und in (Alters-) Armut und damit ein perfekter Nährboden für radikale Tendenzen und Gewalt, kritisiert Ackerl die Finanzministerin.

ABLENKUNGSMANÖVER ZUM BANKGEHEIMNIS

Daran kann auch das billige Ablenkunsgmanöver, das sie und ihre Parteifreunde rund um das Bankgeheimnis inszenieren wollen, nichts beschönigen. Die jüngsten Aussagen der EU-Kommission und von Experten wie etwa dem Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider sind an Eindeutigkeit nicht zu überbieten: Bei der Frage des internationalen Datenaustausches über Steuerbetrüger geht es nicht um die österreichischen SparerInnen. Und auch vom „Nachschnüffeln" – wie es die Schwarzen so gerne nennen, kann hier keine Rede sein. Sie selbst sind es doch, die alle zehn Jahre den GemeindebaumieterInnen nachstellen und kontrollieren wollen, ob sie mehr als erlaubt für ihre Gemeindebau-Wohnung verdienen. Wenn es allerdings darum geht, Licht in wirkliche Verbrechen an unserer Gemeinschaft zu bringen, wehrt sich die VP vehement dagegen, Nachforschungen anstellen zu lassen. Fekter und Spindelegger sekkieren lieber brav arbeitende und ehrliche Menschen, anstatt endlich konkrete Maßnahmen gegen das Verschieben von in Österreich unversteuertem Geld zu ergreifen.

STEUERBETRÜGER SIND DIE WAHREN SOZIALSCHMAROTZER UNSERER ZEIT

Die wahren Sozialschmarotzer sind jene, die die vielen Vorteile unserer Gesellschaft ausnützen und gleichzeitig immer die gerechte Finanzierung unseres Gesundheits- und Pensionssystems in Frage stellen, weil sie dieses nicht mitfinanzieren wollen. Österreich Land braucht Steuerpatrioten statt Steuerbetrüger und das werden wir auch der ÖVP und Strache noch klar machen.

Vzbgm. Mario Moser-Luger Beverley Allen-Stingeder Bundesminister Alois Stöger

Ihre Stimme für Gerechtigkeit.

Die SPÖ- KandidatInnen im Bezirk Urfahr für die Nationalratswahl

SPÖ
29.9.2013

SPÖ